

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Kommunistische Anträge im Reichstag

Die Entkapitalisierung unserer Wirtschaft kann sich nur dann vollziehen, wenn die Ausbeutungsmöglichkeit beseitigt und wenn die Erwerbswirtschaft durch die Bedarfsdeckungswirtschaft ersetzt wird. Das heißt also: es soll nicht mehr möglich sein, daß der eine Mensch oder die eine Menschengruppe infolge wirtschaftlicher Übermacht andere Menschen auszubeuten vermag; niemand soll mehr imstande sein, sich auf Kosten seiner Mitmenschen ein arbeitsloses Dasein zu verschaffen, die Lebensmöglichkeit eines jeden arbeitsfähigen Menschen soll auf der eigenen Tätigkeit beruhen. Ferner soll nicht mehr gewirtschaftet werden zum Zwecke des Erwerbs von Reichtümern oder der Erzielung von Überschüssen für die eigene Tasche, es soll vielmehr gewirtschaftet werden, damit jedes einzelne Glied der Gesellschaft, sofern es seine Pflicht und Schuldigkeit tut, seinen Bedarf an Lebensgütern decken kann, um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können.

In welcher Form diese neue entkapitalisierte Wirtschaft gestaltet werden kann, darüber gehen die Anschauungen weit auseinander. In der vorsozialistischen Zeit beherrschte der Gedanke des autoritären Kommunismus die Köpfe. Die früheren Kommunisten: Morus, Campanella, Cabot und zahlreiche andere, dachten sich als ihr Ideal eine Wirtschaft und Gesellschaft, in der die Obrigkeit von oben herunter alles lenkt, leitet und regiert. Sie ordnet das Wirtschaftsleben, bestimmt, was und wie gearbeitet werden soll, weist jedem Menschen die Stelle an, wo er sich betätigen soll, gibt jedem das, was ihm zukommt, kurz, behandelt die Menschen wie Kinder, die am Gängelbande geführt werden. Gegen diese zwangsmäßige Regulierung des menschlichen Zusammenlebens empörte sich der Freiheitsinn und das Selbstbewußtsein der Menschen, weshalb sie auf die entgegengesetzte Seite fielen und den autoritären Kommunismus als ihr Ideal hinstellten. In dieser Wirtschaftsweise gibt es keine Regierung und Leitung. Jeder einzelne arbeitet aus freiem Antriebe und nach eigenem Ermessen, weil er als guter Kommunist seine volle Pflicht und Schuldigkeit tun wird, ohne daß ein Untertan mit der Peitsche hinter ihm steht. Von den erzeugten Gebrauchsgütern nimmt sich jeder einzelne so viel, wie er gebraucht, weil ein guter Kommunist niemals mehr nehmen wird, als er unbedingt nötig hat.

Offenbar leidet der autoritäre Kommunismus an einer Unterdrückung der Menschen, weil er meint, daß die Menschen nur durch Zwang regiert werden könnten, während der autoritätslose Kommunismus die Menschen überschätzt, indem er glaubt, die Menschen würden aus sich heraus in voller Freiheit schon das Richtige treffen. Zwischen diesen beiden Gegenjahren liegt der demokratische Wirtschaftssozialismus, ein wirtschaftlicher Organismus zum Zwecke der Bedarfsdeckung, in den sich jeder einzelne eingliedern muß, in dem aber auch jeder einzelne das Mitbestimmungsrecht hat. Diese neue Form der Wirtschaft ist noch niemals und nirgends erprobt worden, während wir mehrere hundert Versuche kennen, die beiden anderen Formen zu verwirklichen, die aber samt und sonders gescheitert sind.

Der autoritäre Kommunismus, der den Gesetzen der Menschennatur und des menschlichen Zusammenlebens widerspricht, weshalb er von denkenden Wirtschaftlern abgelehnt wird, spukt noch immer in vielen Köpfen. Der russische Bolschewismus der Sowjetleute ist weiter nichts als autoritärer Kommunismus, insofern die Regierung vom grünen Tische aus durch Gesetze und Verordnungen, durch Drohungen und Bestrafungen das wirtschaftliche Leben zu regeln sucht. Daß dieser Versuch fehlschlagen mußte, wußte jeder Sachkenner von vornherein, die Erfahrung der letzten Jahre in Rußland hat die Unmöglichkeit eines autoritären Wirtschaftskommunismus unwiderleglich bewiesen. Auch die führenden Köpfe der Bolschewisten in Rußland haben ihren Irrtum eingesehen und haben sich von einer Zwangsregelung der Wirtschaft abgewandt. Was wir heute in Rußland immer deutlicher beobachten, ist eine allmähliche Abkehr von dem mit so viel Selbstgefälligkeit verkündeten Grundsatze des „wahren Marxismus“, der aber in Wirklichkeit mit Marxismus nichts zu tun hat. Marx wußte ganz gut, daß die Wirtschaft kein Mechanismus ist, den man verschlagen und wieder zusammenzusetzen kann in eine Maschine, sondern daß er ein lebendiger Organismus ist, der nur von innen heraus, durch Veränderung der Lebensbedingungen, umgestaltet werden kann. Zum Glück für Rußland scheint diese fundamentale Einsicht sich an den maßgebenden Stellen wieder durchzusetzen.

Bei den deutschen Kommunisten ist diese Einsicht offenbar noch nicht eingeleuchtet. Das geht deutlich hervor aus den Anträgen, die die kommunistische Fraktion des Reichstags noch neuerdings gestellt hat. Man weiß ja, weshalb sie derartige Anträge stellte, aus ihrer politischen Sorge heraus, aber man sollte sich doch vorher überlegen, ob diese Anträge, wenn sie angenommen würden, auch durchführbar sind. Die Antragsteller scheinen zu glauben, daß der Reichstag nur nötig habe, irgendwelche Beschlüsse wirtschaftlicher Art zu fassen, um eine Besserung unseres Wirtschaftslebens herbeizuführen. Das ist der große Irrtum, daß ein Reichstagsbeschuß diese Wirkung ausüben könnte. Ganz abgesehen davon, daß die Durchführung eines solchen Beschlusses im wesentlichen von den Verwaltungsbehörden abhängt — und wie diese Behörden in Deutschland zusammengesetzt sind und wie sie walten, sollten eigentlich auch die Kommunisten wissen. Spielt doch auch die Frage eine Rolle, ob sich seine Durchführung auch mit den immanenten Gesetzen unseres Wirtschaftslebens verträgt, weil sie andernfalls an den Tatsachen scheitern muß.

In einem Antrage vom 16. Oktober 1924 werden allerlei Forderungen erhoben, die vielleicht aus dem guten Willen entsprungen sind, den armen Opfern der kapitalistischen Wirtschaft zu helfen, die aber auf den ersten Blick als unerfüllbar erkannt werden. Zu dem Zwecke, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, wird gefordert: „Jede weitere Entlassung von Arbeitern und Angestellten und jede weitere Stilllegung von Betrieben ist verboten.“ Ein wahrhaft genialer Gedanke: Jeder Unternehmer ist gesetzlich verpflichtet, seine sämtlichen Arbeiter und Angestellten, die bei Erlaß des Gesetzes bei ihm in Arbeit stehen, weiter zu beschäftigen, auch wenn er keine Beschäftigung mehr für sie hat, weil sein Absatz stadt, weil sein Betriebskapital nicht mehr ausreicht usw. Auch soll kein Unternehmer mehr das Recht haben, seinen Betrieb zu schließen, wenn er ihn nicht mehr aufrechterhalten kann, er muß vielmehr seine Arbeiter und Angestellten weiter entlohnen, trotzdem er nicht weiß, wie er sie beschäftigen und woher er das Geld für die Löhne nehmen soll. Ist dies nicht eine Forderung, deren Erfüllung unsere Wirtschaft in kurzer Zeit zugrunde richten müßte? Es ist überflüssig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, auch die kommunistischen Unternehmer, die in geschäftliche Schwierigkeiten geraten, werden sich für ein solches Gesetz bedanken, weil sie wissen, daß diese Forderung unerfüllbar ist. Welche Weltfremdheit und welche Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen müssen jene Leute heßen, die derartige Anträge stellen?

Auch die in dem gleichen Antrage enthaltenen ferneren Forderungen zeugen von einer mangelnden Einsicht in die wirtschaftlichen Möglichkeiten. So wird u. a. gefordert, daß zwecks Beschäftigung der Erwerbslosen sofort staatliche Arbeiter in Angriff zu nehmen sind. Sehr gut und schön, aber wie soll der Staat oder die Gemeinde Arbeitsgelegenheit beschaffen, wenn keine da ist, und woher soll er das Geld für die Löhne nehmen, da er ohnehin schon im Dalles bis über die Ohren sitzt? Darüber machen sich die Antragsteller keine Sorgen, sie beschließen einfach und dann mag der Staat mit seinen Beamten zusehen, wie er die Sache bausammelt. Auch die Forderung: „Die Reichsarbeiterlöhne werden um 40 v. H. erhöht, Löhner, Löhner, Gemeinden und Privatbetriebe werden durch Reichsgesetz verpflichtet, dieselbe Erhöhung vorzunehmen“ wirkt ungemein bestechend auf bestimmte Leute, ein Wissender lächelt über solche Zubericht, die dem Reichstage die Macht zutraut, durch einen Mehrheitsbeschluß einfach mit einem Schläge eine 40prozentige Lohnerhöhung für alle Arbeiter des Reiches, der Länder, der Gemeinden und auch der Privatbetriebe durchzusetzen. Ein solcher bergereichernder Glaube an die Staatsallmacht ist noch nicht dagewesen.

Noch ein paar andere Forderungen des kommunistischen Antrags seien kurz erwähnt: „Sofortige Unterstützungsfaktion für Kleinbauern durch wirtschaftliche und finanzielle Hilfsmassnahmen“ — sicherlich ein schönes Agitationsmittel unter den Kleinbauern, aber was sich die Antragsteller darunter denken und wie sie diese Hilfsmassnahmen gestalten wollen, wird ewig ihr Geheimnis bleiben. Ferner: „Sicherstellung der Ernährung der Industriebevölkerung durch Beschlagnahme der Ernte bei den Großagrariern.“ Wieder eine ungeheuerliche Überhöhung der Macht eines Staates. Glaubt man wirklich, daß nach Annahme dieses Antrags durch eine Reichstagsmehrheit das Deutsche Reich dazu übergehen würde und könnte, eine solche einschneidende wirtschaftliche Maßregel vorzunehmen? Und wie denkt man sich die praktische Durchführung dieses Beschlusses? Welcher Beamtenapparat müßte aufgebaut werden und welche große Gefahr einer Korruption müßte entstehen, wollte der Staat die Beschlagnahme der Ernte (warum nicht der anderen Lebensmittel auch?) in Angriff nehmen. Und nach welchen Grundsatzen soll sich die Verteilung der Lebensmittel vollziehen? Alles Fragen der Praxis, deren Schwierigkeiten sich die Antragsteller überhaupt nicht bewußt geworden sind.

Wir sprechen hier nicht über die politische Seite des Kommunismus, aber als Gewerkschafter müssen wir den autoritären Wirtschaftskommunismus, wie er in den Anträgen der kommunistischen Fraktion des Reichstags in die Erscheinung tritt, rundweg ablehnen. Die proletarische Sache steht uns zu hoch, als daß wir sie zu agitatorischen Zwecken mißbrauchen lassen möchten.

Die Republik taugt nichts!

So ist es in der Tat: sie taugt nichts! Kein Arbeiter wird dem widersprechen. Denn jeder weiß, wie wenig sie uns gebracht, wieviel sie uns nimmt.

Unter der Republik ist einem erheblichen Teil der Arbeiterschaft der Achtundtag mit Hilfe der Regierung geraubt worden und der Lohn zuweilen nicht mehr wie ein mageres Trinkgeld gewesen. Werden die Tarifschiedsprüchje oft und oft zu Null und Frommen des Unternehmertums gestreckt und ein beispielloser Raubzug auf die Taschen der Halb- und Ganzarmen verübt. Wird das Gesetz rücksichtslos gegen arme Teufel angewandt, die Trophuben der Reaktion und der großen Deutschnneider aber von der Justiz mit väterlicher Milde behandelt.

Das alles ist jedem Arbeiter zur Genüge bekannt. Er fühlt die schreienden Ungerechtigkeiten am eigenen Leibe. Sie lassen ihn fluchen, machen ihn wütend, entfachen seine Feindseligkeit gegen die Republik. Ein Teil der Arbeiterschaft geht noch weiter. Er ruft auf zum Kampfe, zur Zerstörung der Republik! Und diese Arbeiter treffen dann mit ihren schlimmsten Feinden zusammen. Denn ein Teil des Unternehmertums und der Junker ruft gleichfalls zum Kampfe, zur Zerstörung der Republik auf.

Ein stillames Zusammentreffen, das zu denken gibt: Radikale Arbeiter und radikale Reaktionäre vereint für ein gleiches Ziel! Mindestens eine von diesen beiden Seiten muß sich in der Zielsetzung irren, entweder die radikalen Arbeiter oder die radikalen Reaktionäre. Denn zwei Todfeinde kann unmöglich ein und dasselbe Ziel zum besten dienen.

Die radikalen Arbeiter wollen die Republik zerstören, weil sie himmelschreiende Ungerechtigkeiten ermöglicht. Warum rennen denn aber auch die Reaktionäre gegen die Republik an, denen doch die von der Republik geduldeten Missetaten an der Arbeiterschaft zugute kommen? Hätten sie, die Kugnießer der Ungerechtigkeiten, nicht vielmehr alle Ursache, sich für die Erhaltung der für sie so vorteilhaftesten Staatsform einzusetzen? Oder sollten sie zu töricht sein, ihren eignen Vorteil nicht zu erkennen?

O ja, die Reaktionäre sind sehr wohl, viel besser als die meisten Arbeiter imstande, ihren Vorteil zu erkennen. Ein sehr fein ausgeprägtes Klassenbewußtsein sagt ihnen deutlich und immer, was sie hassen, was sie lieben müssen. Und dieses Bewußtsein bestimmt auch ihre Haltung wider die heutige Staatsverfassung. Wenn sie trotz der unleugbaren Vorrechte, die ihnen die Republik gewährt, gegen diese wutentbraunt anrennen, so müssen sie dafür recht handgreifliche Gründe haben. Die haben sie in der Tat: Sie wissen besser, als es ihnen jemand sagen kann, daß sie all die vielen Vorrechte und Vorteile, die ihnen die Republik heute gewährt, nur so lange genießen können, wie es die Mehrheit des Volkes, die Arbeitermasse gestattet. Sie genießen durch die Gutmütigkeit derer, die sie benachteiligen, übervorzuleihen, unterdrücken. Sie leben, pressen und herrschen durch die Dummheit der Arbeiterklasse.

Diese Binsenwahrheit ist den Reaktionären wohlbelannt. Sie befürchten, die Unterdrückten könnten eines Tages ihre Dummheit ablegen und die Rechte gebrauchen, die ihnen die Republik gibt. Einst, in der monarchischen Zeit, brauchten die Reaktionäre dergleichen Befürchtung nicht zu haben. Damals waren die Arbeitermassen politisch rechtlos. Selbst wenn sie erwacht, politisch klargehend geworden wären und so gemeiniglich gehandelt hätten, es wäre erfolglos geblieben, weil die Arbeiter die politische Gleichberechtigung nicht besaßen. Ihre spärlichen politischen Rechte konnten sie ausüben, soviel es ihnen beliebte, es war und blieb „Arbeit für den König von Preußen“. Irgeendwelchen Einfluß auf Gesetz, Staat und Regierung hatte es nicht, weil darüber die bevorrechtete Klasse, die Reaktionäre mit ihren nachgeordneten Stellen allein bestimmten.

In der Republik jedoch ist es anders, könnte es anders sein. Sie brachte die politische Gleichberechtigung. Sie gab auch den Arbeitermassen die Möglichkeit, Gesetz, Staat und Regierung zu beeinflussen. Wenn dies noch nicht der Fall ist, liegt es an der Arbeitermasse, nicht an der Republik. Die Arbeiter brauchen jetzt bloß ihre Rechte klug zu nutzen — und die Todesstunde ihrer Feinde hat geschlagen.

Wenn die Reaktionäre die Republik hassen, weil sie Gefahren für ihre Vorrechte birgt, so haben, wie man vermehren sollte, die Arbeiter alle Ursache, aufzupassen, daß sie nicht die Pläne ihrer Todfeinde fördern. Dies geschieht bestimmt durch das Geschrei gegen die Republik. Ohne Zweifel sind die Arbeiter unter der Republik schwer benachteiligt, elend gebrandschagt, gemein vergewaltigt worden. Aber daran ist nicht die Republik an sich schuld, sondern die Dummheit derer, die nicht die Rechte und Möglichkeiten zu nutzen verstehen, die die Republik beschert hat. Daran sind die Hunderttausende, nein die Millionen Arbeiter und ihre Frauen schuld, die am Wahltag zu faul sind, ihre Rechte auszuüben, oder die zu dumm sind, von ihren Rechten den richtigen Gebrauch zu machen. Gegen die Dummheit ist eben kein Kraut gewachsen, auch in einer demokratischen Republik nicht.

Die Republik taugt nichts, sie schadet, ist hundsmiserabel! Das ist richtig, aber doch nur so lange, wie die politische Vermunft millionenföhriger Arbeiterscharen nichts taugt und ihre Handlungsweise hundsmiserabel ist. Der 7. Dezember, die Reichstagswahl bietet Gelegenheit, politisch vernünftiger zu handeln, die Fehler gutzumachen, dafür zu sorgen, daß die Republik hinfort etwas taugt!

Lezt eure Zeitung!

Die Metallarbeiter-Zeitung dient der Aufklärung und Bildung der Mitglieder. Sie kostet jährlich viele Tausende. Diese Summe sind Verbandsbeiträge. Wer die Zeitung nicht liest und sie zum Essen an Familienangehörige und Mitarbeiter nicht weitergibt, vergeudet Verbandsgelder, also die eigenen Groschen.

An die Kleinarbeit!

Die Kleinarbeit für die Gewerkschaften wird noch viel zu wenig beachtet, und doch bedeutet sie den Grundstock jeden gewerkschaftlichen Aufstiegs. Gemäß kann durch Versammlungen und Werksbesprechungen für die Gewerkschaften gewonnen werden, aber Versammlungen und Werksbesprechungen sind doch nicht die nachhaltige Wirkung aus wie die tägliche Werbung von Mund zu Mund. Unsere alten Gewerkschaftler wissen dies aus Erfahrung, und wir doch durch diese Art der Werbung in der Vorkriegszeit groß geworden. Darum kann die Zahl derer, die gewerkschaftliche Kleinarbeit in vorgeranntem Sinne leisten, nie groß genug sein. Ist doch noch ein großes Feld zu bearbeiten, bis der letzte Kollege in die gewerkschaftlichen Reihen eingereicht ist.

Die Liebe zur gewerkschaftlichen Kleinarbeit ist durch die jugendradikale Quertreibung manchem guten Kollegen verleidet worden. Die Verschimpfung und Beschimpfungen der Gewerkschaften, das etelshafte Herunterreißen der Führer war allerdings nicht dazu angetan, Erfolge zu erhoffen zu können. Doch machten sich allmählich wieder Einsicht und Vertrauen zur Gewerkschaft bemerkbar, der Rhythmus schwindet. Die Verschimpfung der Gewerkschaften, meist ausgehend von Leuten ohne jegliche Erfahrung und hat jedes Verantwortungsgesühl, üben nicht mehr die verheerende Wirkung aus wie in der Inflationszeit. Die Arbeiter kommen immer mehr zu der Erkenntnis, daß ihnen durch das Abstreifen immer und die hohen Entlohnungsworte der „Revolutionsäre“ nicht gedient ist. Dies beweist das Kundgebühren der Moskauer über ihren Verstoß in den Gewerkschaften. Die Ungenügsamkeit der Moskauer Speisen kann auf die Dauer auch die Zugabe von Paprika nicht verhindern werden. Dem größten Teil der ehemals im kommunistischen Lager stehenden Kollegen mander diese Kraft nicht mehr, sie sehen ein, daß sich das Schimpfen auf die Gewerkschaften furchtbar an der Arbeiterschaft rächt.

Das wiedererwachte Vertrauen zur Gewerkschaft darf nicht ungenutzt bleiben. Die Kleinarbeit, das Werben und Drängen von Mund zu Mund, muß wieder überall einziehen, um die alte Geschlossenheit und Schlagkraft wiederherzustellen. Freilich ist es mit der Werbung neuer oder der Zurückführung der durch „kommunistische“ Ausflüchtlinge ausgetretenen Mitglieder allein nicht getan, sondern jeder Kollege muß sich auf seine Weise, nach seinen Fähigkeiten an der Kleinarbeit beteiligen. Alle Kollegen haben, auch ohne besondere Aufforderung, die Pflicht, für ihre Organisation nach besten Kräften zu wirken. Dies ist im Hinblick auf die machtvollen Organisationen des Unternehmertums nödig denn je.

Jeder organisierte Kollege, der weiß, warum er dem Verbande angehört, kann und muß es einem Unorganisierten oder Ausgetretenen klar machen, daß er nicht außerhalb der gewerkschaftlichen Reihen stehen darf. Das kapitalistische Unternehmertum ist gewiß ein Feind der Arbeiterbewegung, aber ihr größter Feind ist der gleichgültige Unorganisierte, der zwar mitredet, aber nicht sieht.

Die am Grund des allerdings teuren Anbahnungsunternehmens sich langsam anbahnende Gefundung gilt es zu beschleunigen. Alles hängt davon im wesentlichen von der Kleinarbeit ab, soll der Verband wieder größer und stärker werden. Eindeutigkeit durch Einsicht, Vertrauen, Disziplin und hingebende Mitarbeit jedes einzelnen wieder geschlossen und schlagkräftig geworden, wird es uns nicht schwer fallen, mit dem gelben Schweiß der „Wirtschaftsriesen“ abzurechnen. Auch den Mitgliedern des Klubs der „Beitragsparier“ wird dann in unmissverständlich Weise bedeutet werden, wo Bartel „den Markt holt“.

Auch haben wir noch manche Abrechnung mit der übermütigen Reaktion vorzunehmen. Die planmäßige Lohnrückbildung, die Arbeitszeitverlängerung, der Rückschritt auf sozialpolitischem Gebiet sowie der Machtstoß des Unternehmertums konnten nur infolge unserer Herrlichkeit und der daraus entspringenden Ohnmacht so üppig ins Kraut schießen. Sollen nicht alle Lasten, die auf Grund des verlorenen Krieges und der Wiedergutmachungsverpflichtung Deutschland auferlegt sind, auf die große Masse abgewälzt werden, so heißt es alle Kräfte anspannen. Dem Blod des geeinigten Unternehmertums gilt es einen Blod der geeinigten Arbeiterschaft entgegenzustellen. Darum nochmals: **An die Kleinarbeit!**

Bergewaltigung von Lehrlingsrechten

Daß auch unsere Lehrlinge laut Artikel 159 der Reichsverfassung das Koalitionsrecht haben, scheinen viele Eltern nicht zu wissen. Sie sagen sich offenbar: Was geht uns die Verfassung an, davon können wir nichts abgeben. Diese Unwissenheit benutzten die Unternehmer weidlich aus. Kann man es ihnen schließlich verargen in Anbetracht der Gleichgültigkeit der Lehrlingseltern, die es nicht der Mühe wert halten, sich um ihre Rechte oder die ihrer Kinder zu kümmern?

So kommt es vor, daß die Brautkötter- und Bräutigamselbstverleumdung A. C. Fröhlich, Betriebsdirektion Wittenberg, ihren Lehrlingen einen Fragebogen mit einer Änderung des Lehrvertrages mitgab. In dem Fragebogen wurde Austausch verlangt, in welchem Turn- oder Sportverein die der Lehrling befindet. Die Änderung des Lehrvertrages ging dahin, daß es dem Lehrling bei Strafe sofortiger Entlassung verboten werden sollte, irgend einem Verein, Klub, Bund oder dergleichen anzugehören. Ferner sollte ihm verboten sein, an Betriebs-, politischen oder öffentlichen Versammlungen teilzunehmen.

Daraufhin bemühten wir uns vergeblich, die Eltern zusammenzubringen. Wir, unsere Nachbarn, Ortsverwaltung, gingen nun daran, die Firma zu verklagen. Wir verlangten erstens Aufhebung der neuen Bestimmung des Lehrvertrages, zum andern, daß festgestellt werde, daß der Lehrling berechtigt ist, an Streiks und Betriebsversammlungen teilzunehmen als auch Mitglied des Verbandes

zu sein. Das Amtsgericht in Eisterwerda nahm die Klage an, obwohl der Vertreter des Werkes sich auf den Standpunkt stellte, daß diese Feststellung gar nicht gemacht werden könne, da ja der Lehrling noch nicht entlassen ist.

Wer sich aber einbilden sollte, daß für das genannte Werk alle Turn- und Sportvereine verboten sein sollten, der irrte sich. Dieses Werk hat nicht nur einen Turn- und Sportverein, in welchem gerade die Arbeiter — die einst so revolutionären — leidet sehr zahlreich befinden. Auch die Lehrlinge sollten hier herbeizog. Einige stellten den Antrag, in den Arbeiterturn- und Sportbund gehen zu können. Dies wurde vom Werk glatt abgelehnt.

Vor Gericht erklärte der Vertreter, daß nach einem Zeitungsartikel von diesem Verein auf einem Sportfeste hervorragende Leistungen in Messing und Radfahungen ausgestellt worden seien. Deshalb seien der Beklagten begründete Zweifel aufgetreten, ob die Zugehörigkeit zu dem genannten Arbeiterturnverein für jugendliche Lehrlinge angemessen sei.

Zwei Verhandlungen waren notwendig, um der Beklagten klarzumachen, daß nicht nur nach der Reichsverfassung, sondern auch nach dem Betriebsratsgesetz der Lehrling das Recht hat, an den Versammlungen teilzunehmen. Aber von dem Betriebsratsgesetz spürt man auf diesem Werke, einst eine Hochburg der SPD, jetzt eine Zentrale der Vaterländischen, überhaupt nichts mehr.

Und nun das Urteil. Dies mögen sich alle Eltern aufbewahren. Auf die Klage wird festgestellt: Die vom Mai 1924 datierte Änderung zum § 4 Abs. 5 des Lehrvertrages ist insoweit nichtig, als dem Kläger die Teilnahme an Belegschafts-, politischen oder öffentlichen Versammlungen und an Streiks verboten wird. Im übrigen wird die Klage abgewiesen.

Aus der Begründung seien einige Sätze herausgegriffen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Es heißt darin:

„Das Verbot der Teilnahme an Belegschaftsversammlungen verstößt gegen das Gesetz Lehrlinge nach § 10 und 11 des KWG Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes. Aus den genannten Arbeitnehmern eines Betriebes besteht die Betriebsversammlung. Zur Teilnahme daran sind also nach dieser Vorschrift alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf das Alter befugt. Danach haben auch die Lehrlinge einen gesetzlichen Anspruch auf den Besuch der Betriebsversammlung, der ihnen durch eine Abrede oder ein Verbot nicht entzogen werden kann.“

Auch das Verbot der Teilnahme an einem Streik schließlich, an die Wirkung der sofortigen Entlassung geknüpft ist, ist mit dem öffentlichen Recht nicht vereinbar. Die Reichsverfassung erkennt grundsätzlich das Streikrecht an. Ist ein Lehrling, was ihm nach Art. 159 der Verfassung nicht verboten werden kann, Mitglied einer Organisation zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen und bezieht diese Organisation den Streik, so würde der Lehrling, auch wenn er gegen den Streik stimmt, hätte, der sofortigen Entlassung verfallen. Insofern steht der Art. 159 der Verfassung dem vertraglichen Streikverbot entgegen.

Weiter widerspricht das Verbot der Teilnahme an politischen und öffentlichen Versammlungen dem Art. 123 KW, der allen Deutschen das Recht friedlicher und unbewaffneter Versammlung gewährt. Nach der Literatur (Anschütz, Verf. d. D. R. S. 202 ff.) und der Rechtsprechung (RG in Strafsachen Bb. 53, 52 ff., 56, 183 ff.) vorherrschenden Meinung ist auch der § 17 des Reichsvereinsgesetzes, der die Teilnahme Jugendlicher an politischen Versammlungen verbietet, durch das Gesetz vom 12. November 1918 aufgehoben worden. Danach kann im Wege privater Vereinbarungen oder kraft des väterlichen Erziehungsrechts dem minderjährigen Lehrling das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht nicht entzogen werden.“

Für uns Gewerkschafter muß es heißen, alle Lehrlinge zu organisieren. Die Väter mögen Obacht geben bei Abzügen von Lehrverträgen, daß sie den Lehrling neben der Ausübung ihrer Jungen nicht auch noch die väterliche Gewalt übertragen.

W. Reßler, Badwih.

Bernünftige Erziehung

Die Offenbacher Kollegin Dittlie Luz, die zurzeit auf der Tinger Schule ist, sendet uns von dort folgende beherzigenswerte Hör- und Studierfrüchte:

Eine dringende Notwendigkeit ist es, über vernünftige Erziehung zu sprechen. Denn gerade in der Arbeiterklasse wird viel zu viel geprägt und geschulpi. Dies ist nicht gerade unbegründet, denn wir selbst sind so erzogen worden, und man kann sich die Bemerkung nicht verkassen, daß wir auch danach geworden sind. Die Aufgabe des Arbeiters ist es, seine Kinder anders, besser zu erziehen, als wir erzogen worden sind.

Jeder proletarische Vater, der sein Kind mit Prügelstrafen erzieht, der das Kind zum Gehorham zwingt, ohne ihm vorher klar zu machen, daß es seine Pflicht freiwillig zu tun hat, der erzieht — und mag er hundertmal Sozialist sein — sein Kind in die Klasse der bürgerlichen Klasse. Wir haben uns diese traurige Tatsache vor Augen zu fassen. Die jetzige Familie ist das Ergebnis der bürgerlichen Gesellschaft, durch sie von bürgerlicher Ideologie, und leistet unbewußt bürgerliche Klassenerziehung. Es ist notwendig, daß wir diese Tatsache erkennen, denn nur dann haben wir Aussicht, den erlösenden Ausweg zu finden. Wir haben die Aufgabe, Auffklärung in die proletarische Familie hineinzubringen, die Eltern an die große Verantwortung zu erinnern, die sie dem Aufstieg unserer Klasse und damit dem Fortschritt der Menschheit schulden.

Wir hören in der Schule, daß Engländer, Franzosen, Italiener, Serben usw. als etwas Fremdartiges, Feindseliges betrachtet werden müssen; wir werden davon gesprochen, daß es dort ebenso wie bei uns Ausbeuter und Ausgebeutete gibt und daß die dortigen Ausgebeuteten,

die gegen uns in den Krieg geschickt wurden, eigentlich unsere Brüder sind. Der kapitalistische Staat kann nicht dulden, daß in seiner Schule von der sozialistischen Seite aus gegen ihn gearbeitet wird. Die Arbeiterklasse muß endlich erkennen, daß sie Einfluß auf die Schule nehmen muß. Jeder denkende Mensch muß seine Blicke auf das kommende Geschlecht richten. Wir müssen für die sozialistische Schulreform ein, ohne aber zu vergessen, daß ihr im bürokratischen Staate enge Grenzen gezogen sind und die beste Schulreform in diesem Staate nur Schrittweise sein kann.

An dieser Stelle möchte ich auch gleich einiges über geschlechtliche Erziehung sagen. Zwei Menschen, die heiraten wollen, müssen auf dem Standesamt verschiedene Papiere vorlegen: einen Impfschein, Taufschein und auch einen Geburtschein. Es genügt also nicht, daß der Mensch überhaupt da ist, ja er muß es sogar noch beweisen. Aber die Hauptbedingung, ein Gesundheitszeugnis, verweigert man noch heute. Meiner Ansicht nach ist eine Zeugung kranker weit schlimmer als ein Mord. Kann es etwas Schlimmeres geben für Eltern, einem Kinde ein elendes, leidetüchtiges Leben aufzugeben zu haben? Und dieses Gefühl der Verantwortlichkeit für solch eine Zeugung kann nicht etwa erst bei den jungen Menschen geweckt werden, sondern bei ihnen muß es schon da sein, muß es heißen, das Begehren der Vernunft unterzuordnen. Warum sprechen wir nie mit den Kindern darüber, daß auch sie einmal Eltern sein werden? Auf seinen Beruf wird das Kind ernst vorbereitet: es lernt schreiben, rechnen, lesen. Daß es einmal ein tüchtiger Mensch, Staatsbürger, Arbeiter werden soll, bekommt es häufig zu hören. Warum nicht, daß es auch einmal ein rechter Vater, eine liebende Mutter sein muß? Wo bleibt die Erziehung der Elternschaft? Erst bei Frauen, die schon erwachsene Kinder oder gar Enkel haben, werden bestenfalls drei bis vier Stunden im Jahre in einer Frauenschule den Erziehungsfragen gewidmet. Erst die Eltern werden von den Eltern erzogen. Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Kindern kann nicht früh genug geweckt werden. Allerdings ist auch hier die Voraussetzung: wir müssen die Kinder ernst nehmen. Darauf soll es uns ankommen. In unseren Kindern das Gefühl zu wecken, daß ihrer große Aufgaben harren, sie mit dem Ideal des Sozialismus zu erfüllen — ohne daß das Wort Sozialismus bei jeder Gelegenheit ausgeprochen wird.

Arbeiten wir also mit aller Kraft dahin, in unseren Kindern die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen. Erfüllen wir sie mit dem Bewußtsein, daß sie eine Sendung zu erfüllen haben; schaffen wir in ihnen jene lebensformenden Ideen, die der Mensch braucht, wenn er stark und glücklich durchs Leben gehen soll. Damit schaffen wir die sicherste Voraussetzung für eine vernünftige Sittlichkeit. Wenn wir selbst uns bemühen, wahre Sozialisten zu sein — nicht nur Mitglieder der Parteiorganisation —, dann wird unsere ständige Reingebildung auch auf die Kinder, die um uns sind. Das ist die Idee des Sozialismus.

Republik und Gewerkschaftskampf

Republik ist der Wahlkampf neu einzufrachten. Da ist es für jeden Arbeitnehmer das Nächstbeste, dort einzufahren, wo ihm die Gewähr für die Vertretung seiner sozialen Interessen gegeben ist. Doch kann ein freier Gewerkschafter auch nur der Partei seine Stimme geben, bei der der republikanische Gedanke zugleich mit aller Entschiedenheit gewahrt wird.

Denn es bestehen enge geistige Fäden zwischen Republik und Gewerkschaftskampf. Wer seinen Wirtschaftskampf allerdings aus dem engen Gesichtswinkel des Tages sieht und in ihm als letztes Ziel nur einen Brocken mehr für seinen Magen erblickt, der kann von diesen großartigen Zusammenhängen zwischen Republik und Gewerkschaftskampf nichts verspüren. Dem ist das Brot des Tages Selbstzweck. Der sieht darüber hinaus nichts Größeres, Höheres.

Gewiß soll der freigewerkschaftliche Kampf auch das wirtschaftliche Recht des Tages wahren. Gewiß soll er zunächst einmal kämpfen um ein möglichst weites wirtschaftliches Lebensrecht. Doch nicht nur um das wirtschaftliche Recht des Tages, sondern um das wirtschaftliche Lebensrecht. Der Kampf um den Lohn ist ein Kampf um die Würde, um die Freiheit und Innlichkeit und Eigenart. Darum die Harmonie von Gewerkschaftskampf und Republik. Nur diese Harmonie erzieht zur innerlichen Freiheit und zum freien Menschenstum. Sie bildet die sittliche Kraft und die sittliche Würde. Die Republik ist der politische Rahmen, in dem der geistige Sinn des gewerkschaftlichen Kampfes zur freien Entfaltung gelangt. Nur auf republikanischem Boden kann aus dem gewerkschaftlichen Kampfe heraus einmal werden die neue, große, innere Kultur des Menschengeistes.

Solange noch eine Kanone geossen wird, solange noch ein Mensch einen andern tötet, ist keine Religion auf der Welt; solange noch ein Geistlicher einen Menschen schänden läßt, auf Kommando seinen Bruder zu töten, ist alles Irdensthum eitel Nichtigkeit.

W. Reßler, Badwih.

Das Windkraftschiff

Von Willy Möbus.

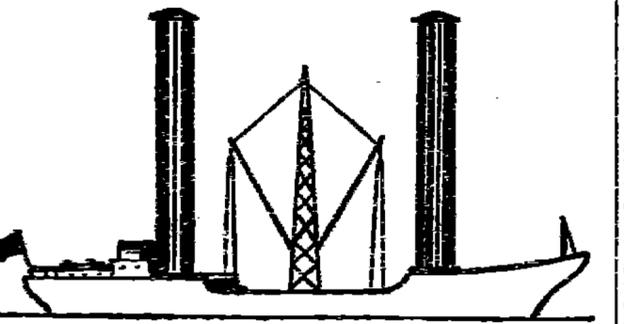
Am Sonnabend den 1. November durchfuhr ein seltsames Schiff die aufgeregten Wogen der Dister, ein Schiff, das zwei riesige, hochhohe Dürme trug, zwischen denen ein Lohrbaum stand. Dieses seltsame Fahrzeug fuhr in ihrem Mittel mit großer Geschwindigkeit gegen den Wind, wendete sehr rasch und folgte geschwin dem Willen eines Mannes, der auf der Kommandobrücke stand und außer dem Steueruder ein paar Hebel bediente. Dieser eine Mann war Schiffsführer und Besatzung in einer Person, ihm gehörte das moderne Segelschiff der Welt, das nach den Plänen von Watson Flettner, dem bekannten Erfindungsgeist und Erfinder des nach ihm benannten Flettnerrotors auf der Germania-Werft in Kiel erbaut wurde.

Das Geheimnis dieses seltsamen Schiffes, das bei vorübergehenden Gelegenheiten jedes Sturmes herabgerastet haben dürfte, wie bei ihren Vorfahren das erste Dampfgeschiff, lag in den beiden großen Dürmen, die an Stelle der Segel errichtet waren und die mit einer Segelwindkraft von 100 Pferdekraften in der Minute rotieren. Dabei war der Flettnerrotor durch ein System von 2 vertikalen Schichten gebildet, durch welche die Dürme eine Wärme so groß wie bei einer Segelkraft von gleicher Fläche. Die Wirkung des Windes wird bei diesen „eisenen Segeln“, den drehenden Dürmen dadurch herbeigeführt, daß durch die Drehung die heftigeren Windrichtungen herbeigeführt werden. Es ist ein Segel, als ob die beiden Dürme sich wie zwei Segel in der verdrängten Luft fortbewegen.

Der Aufbau des Schiffes ist sehr einfach. Die eisernen Dürme sind auf Stützlagern gelagert. In ihrem Innern ist ein kleiner Elektromotor angebracht, dessen sehr niedriger Strombedarf von einer Hilfsmaschine von 60 PS erzeugt wird, die auch bei Windstille das Schiff treiben soll. Das Drehen des Schiffes wird durch das Umdrehen des Motors erreicht. Während bei dem guten alten Segelschiff eine zahllose Besatzung an Latten und Segeln arbeiten muß, wenn das Schiff wenden soll, genügt hier ein einziger Hebelarm.

und das Schiff kommt, ohne wie das frühere Segelschiff zum Stehen zu kommen, hartig seinen neuen Kurs an.

Das Flettnerrotor-Schiff ist immer fahrbereit, es dauert nicht Stunden, ehe die Segel gehisst sind, es ist stets manövrierfähig und unabhängig von irgend welchen Zufälligkeiten, die gerade bei Segelschiffen sehr oft eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben.



Schematische Darstellung des Flettnerrotorschiffes

Während bei großen, unvollkommenen Kreuzern immer ein weites Segel für die nötigen Manöver notwendig war, ist bei dieser, das ganze Schiffsrückende umschließenden Kreuzer die bewundernswürdige Tatsache festzustellen, daß nach planmäßiger Umdrehung der Dürme sofort ein beschleunigter Erfolg bei der ersten praktischen Versuchsanstellung erzielt wurde. Das Flettnerrotor-Schiff verdrängt seine Entschleunigung, die aus der Umdrehung des Flettnerrotors herbeigeführt wird. Flettner hatte bereits während des Krieges für Flugzeuge eine Steuerung eingeführt, bei der mit geringer Kraft eine große Wirkung auf die Lenkbarkeit des Flugzeuges herbeigeführt wurde. Nach der Beendigung des Krieges wurde der deutsche

Flugzeugbau durch die Bestimmungen der Entente gebremst. Flettner bildete daher sein Ruder mit größtem Erfolge für Schiffe aus. Der grundlegende Gedanke bei seinem Ruder liegt darin, daß durch eine kleine Fläche eine große gesteuert wird. Während früher kräftige Steuermaschinen nötig waren, um große Schiffe lenken zu können, genügen heute bei dem Flettnerrotor sehr geringe Kräfte zum Hervorrufen der gleichen Wirkung. So waren beispielsweise zur Bedienung des Ruders der Rheinschiffe im Vinger Loch oft vier kräftige Männer nötig, von denen sich jeder infolge der großen Kraftanstrengung gesundheitlichen Schaden tat. Bei den mit Flettnerrotor ausgerüsteten Schiffen bewältigt ein kleiner Junge mühelos das Manövrieren des Ruders.

Flettner kam nun auf den Gedanken, sein Ruder auch zum Segeln selbst auszunutzen und das Manövrieren durch die kleine Ruderfläche zu bewerkstelligen. Versuchsmodelle, die in der aerodynamischen Versuchsanstalt der Universität Göttingen vorgenommen wurden, ergaben für die Flettnerrotor als Segel gegenüber dem Segelschiff eine um 40 v. H. erhöhte Windausnutzung. Bei diesen Versuchen kam Flettner auf den Gedanken, den schon seit 70 Jahren, seit 1853 bekannten „Magnus-Effekt“ für den Fortschritt von Segelschiffen auszunutzen. Magnus, der Vorgänger von Flettner, hatte gefunden, daß rotierende, runde Körper eine erstaunlich gute Ausnutzung der Windkraft gestatten. Niemand war aber auf den Gedanken gekommen, diese Entdeckung praktisch auszunutzen. Der Gedanke, Segelschiffe anders als durch Segel zu betreiben, erschien unfaßlich, und erst Flettner hatte den Mut, die Entdeckung von Magnus praktisch zu verwenden, wobei er dann durch seine Versuche noch dazu kam, den Dürmen eine über den äußeren Rand hervorragende Haube anzufügen, wodurch der Wirkungswert noch weitestgehend günstiger wurde. Das nach diesem Grundgedanken ausgeführte Versuchsmobell zeigte überraschend günstige aerodynamische Eigenschaften. Bei dieser Gelegenheit untersuchte er auch die bisher üblichen Schiffsegel mit wissenschaftlichen Methoden. Es zeigte sich dabei, daß die alte, durch Überlieferung und Erfahrung gebundene Segelform die denkbar günstigste Ausnutzung des Windes in Segeln ergab. Nur eine völlig neue Methode, eben die Anwendung des Magnus-Effektes, vermochte eine noch bessere Ausnutzung der Windkraft hervorzurufen.

Brief aus Südamerika

Ein Amberger Verbandskollege ist nach dem südamerikanischen Staat Uruguay ausgewandert. Er schildert nun das Land seiner Wahl so, wie es sich den Augen eines frisch eingewanderten Deutschen zeigt. Wir lassen nur die wesentlichsten Stellen des langen Briefes folgen. Schriftl.

Uruguay, der kleinste der südamerikanischen Staaten, ist halb so groß wie Deutschland und zählt 1 1/2 Millionen Einwohner, davon 600 000 allein in der Hauptstadt Montevideo wohnen. Die anderen 900 000 leben zerstreut im Lande umher, nicht in Dörfern, sondern jeder baut sich seine Behausung dort auf, wo sein Landbesitz ist. Die Farmhäuser sind Schindeln mit Maisstroh als Dach oder auch Stützen aus lauter Blechbojen zusammengeschichtet. Die Stedler in der Nähe der Hauptstadt laufen hier von Haus zu Haus auf Suche nach Baumaterial, das heißt Holzstücken und Blechbojen.

Zu Fuß laufen draußen auf dem Lande gehört zu den Seltenheiten. Alles hoch zu Ross! Was das sein der Reicht, er reitet zu Pferd, oder das Kind, es reitet zur Schule. Gefahren auf dem Lande gibt es nicht allzu große. Die gefährlichsten Feinde sind die Storpione und die Saylangen. Letztere treten jedoch nicht in allzu großer Stärke auf. Urwald gibt es keinen, also auch keine Siedlungsmöglichkeit für wildes Vieh. Im großen und ganzen ist Uruguay nichts für Auswanderer, die sich auf Siedlung verlegen wollen. Der Boden ist dafür zu teuer. Der Acker kostet 200 bis 400 Pesos. Montevideo selbst ist in orientalischem Stile gebaut, alles ohne Dach, abgestrichelt, die Dächer oben meist gepflastert und dient als Hofraum. Die Stadt ist in Biergärten — ähnlich wie Mannheim — eingeteilt.

Die Bevölkerung Uruguays setzt sich aus aller Herrenländer zusammen, den größten Anteil haben die Spanier. Deutsche ungefähr 20 000, davon in Montevideo 8000. Schulzwang besteht nicht; wer seine Kinder in die Schule schicken will, der schickt sie eben hin. Viele lassen ihre Jungen, statt in die Schule zu gehen, Zeilungen austragen. Aus diesem Grunde gibt es sehr viele, die des Lesens und Schreibens unkundig sind. Sonst geht es sehr streng zu. Auf Diebstahl besteht die strengste Strafe; es kommt aber auch selten ein solcher vor. Die weibliche Bevölkerung erfreut sich harten polizeilichen Schutzes. Sollte sich einer erlauben ein Mädchen nur im geringsten zu belästigen, so hat er damit zu rechnen, daß er in der nächsten Minute verhaftet ist. Die einheimischen Frauen können der Arbeit nicht viel Gewicht abgemessen. Das Beste ist ihnen, im Schaufenster zu sitzen und Mate zu trinken. Mate ist ein Nationalgetränk der Südamerikaner, eine Teerart von grüner Farbe.

Das hauptsächlichste Gewerbe ist die Viehzucht. Die Fleischausfuhr ist beträchtlich. Im Hafen von Montevideo werden ständig Schiffe mit Vieh- und Wollfleisch beladen. Die Viehzucht ist sehr beschäftigt. Ganze Stadtdiertel entstehen in kurzer Zeit. Große Häuserdächer werden abgerissen, an deren Stelle große Gebäude errichtet. Auch der Bau von Villentypen ist im Gange. Die deutsche Firma Dittlerhoff & Wittmann hat zurzeit einen Kolon mit 22 Stotwerken. Infolge der regen Bautätigkeit ist auch die Zement- und Kalkindustrie im Aufstehen. Der Verbrauch an Eisen ist verhältnismäßig groß, da fast sämtliche großen Bauten in Eisenbeton ausgeführt werden. Das gesamte Eisen muß jedoch aus Nordamerika und Europa eingeführt werden. Das Land selbst ist zwar reich an diesen Metallen, aber es liegt noch im Schoße der Erde und harter seiner Fehlung. Auch die Baumwollindustrie ist hier ziemlich vertreten, die Rohprodukte hierzu liefert jedoch zum größten Teil Brasilien. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß die Industrie noch in den Kinderschuhen steht und allmählich vorwärts hinkt.

Die Arbeitszeit ist gesetzlich verankert und beträgt 8 Stunden den Tag oder 48 Stunden die Woche. Die Regierung hält streng auf Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit. Kein Arbeitgeber darf sich erlauben, länger arbeiten zu lassen. Den Arbeitstagen angulosten, ist noch keinem Arbeitgeber eingefallen. Wenn es auf die Arbeiterschaft ankäme, könnten die Unternehmer die Arbeitszeit leicht nach Belieben bestimmen. Die Ausübung der Arbeitskraft ist bestimmt nicht schlimmer als in Deutschland. Der Lohn hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit fast um 100 v. H. vermindert. Woher kommt dies? Der Weltkrieg hat auch in Südamerika Spuren hinterlassen. Südamerika, das meistenteils auf die Einfuhr von Fertigwaren, wie Eisenfabrikaten, Farben, Chemikalien usw. angewiesen war, konnte sie nicht erhalten, weil die hauptsächlichsten Lieferanten Deutschland, England und Frankreich die Lieferung einstellten. Daher lag fast die ganze Industrie lahm, und auch der Handel wurde fast stillgelegt. Der einzige Lieferant war Nordamerika. Dieses nützte die so günstige Lage geschickt aus. Es verlangte unerhörte Preise. Die Folge davon war, daß die Warenpreise im Lande sich steigerten und die Löhne gedrückt wurden.

Wie die Preiskontrolle vor sich ging, davon einige Beispiele: Vor dem Kriege kostete ein Duzend Eier 10 Cent = 35 s, ein Kilo Fleisch 12 Cent = 42 s, ein Kilo Brot 6 Cent = 21 s. Heute kostet das Duzend Eier 38 bis 40 ein Kilo Fleisch 20, ein Kilo Brot 14 Cent. Die Löhne sind im Gegensatz hierzu gesunken. Vor dem Kriege verdiente der minderbekannteste Arbeiter 3 Pesos den Tag, heute 1,70 Pesos. Also bei erhöhter Lebenshaltung vermindert Arbeitelohn. Ich habe nun die Mängel gezeigt, nun will ich eine Gegenüberstellung des Lohnes und der Lebenshaltung Uruguays und Deutschlands machen.

Ich nehme für hier einen Durchschnittslohn von 2 Pesos = 7 M., für Deutschland einen Durchschnittslohn von 5 M. den Tag an. Für Deutschland wird der Durchschnittslohn zu hoch berechnet sein, möglicherweise für hier mit 2 Pesos zu minder bemessen ist. Ich will aber nicht kleinlich sein und es bei diesem Durchschnitt belassen. Bei Verbrauch der gleichen Menge ergibt sich folgendes: Es braucht ein lediger Arbeiter täglich in

Bei der Umkehrung der Versuchsergebnisse in die Praxis wurde der Dreimastjehoner „Bulan“ der hantelischen Motorziffabrik A. G. Hamburg mit diesen Törmen ausgerüstet. Während die alte Befestigung an Masten von 28 Meter Höhe angebracht war und ein Gewicht von 35 Tonnen (70 000 Kilogramm) hatte, beträgt die Höhe der „Dreimaste“ nur 18 Meter bei einem Gewicht von 7 Tonnen (14 000 Kilogramm). Bei der Probefahrt, die bei hantelischem Wetter erfolgte, ergaben sich überaus günstige Segeleigenschaften.

In wirtschaftlicher Hinsicht dürfte gerade für Deutschland ein großer Vorteil daraus erwachsen, daß ein großer Teil der Handelsflotte, als Fletternschiffe ausgebildet, nur sehr geringe Mengen von Kohlen benötigt. Bei Vollertrieb kann z. B. der Wind bis zu 90 v. H. der Fahrstunden ausgenutzt werden. Die Fletternschiffe fahren mindestens so schnell wie ein gewöhnlicher Frachtampfer. Lange Kreuzfahrten gegen Wind werden bei dieser Schiffsart erheblich verkürzt, da ziemlich scharf gegen den Wind angefahren werden kann. So wird dieser neue Schiffstyp entweder eine erhebliche Verbilligung der Frachtlöcher oder eine weitestgehende Profiteure für die Reedereien mit sich bringen.

Flettern selbst, der Erfinder, ist von großen Zukunftserwartungen erfüllt. Er hat außer seinem Kuder und seinem Schiff Pläne zur rationalen Ausnutzung des Windes in Windkraftmaschinen ausgearbeitet, bei denen ebenfalls durch das Prinzip des Fletternrubes ungeheure Kräfte aus der Luft herausgeholt werden sollen. Vor den Toren Berlins wird in der nächsten Zeit ein 100 Meter hoher Turm in die Wolken wachsen, der eine Windkraftmaschine tragen soll, die bei einem Flügeldurchmesser von 40 Meter über 1000 PS erzeugen wird. Dabei wird die Kraft nicht etwa direkt durch das große Flügelrad auf eine Welle übertragen, sondern durch den Luftstrom, der bei dem Drehen des großen Rades entsteht, werden an ihm angebrachte kleine „Fletternrubes“ in sehr rascher Umdrehung verkehrt und diese wird mit Hilfe billiger herzustellender kleiner Zahnräder auf eine Welle übertragen, von der dann die erzeugte Kraft abgenommen werden kann. Flettern hofft durch diese Maschinen überall im Lande Elektrizität zu erzeugen. Er sieht, wie die Verleger ihren gefahrvollen Beruf aufgeben können, weil Wärme, Licht und Kraft mitheles aus der Luft herausgeholt werden. Große Über-

	Uruguay	Deutschland
1/2 kg Fleisch	10	1.-
1 „ Brot	14	—25
1 „ Kartoffeln	5	—14
2 Eier	7	—36
Gemüse	5	—30
Bekleidung	20	—70
Wohnung	35	—60
Kleine Ausgaben	10	—35
Zusammen den Tag	1.08 Pesos	8.80 Mark

Es erübrigt sich also nach unserm Vergleich ein Arbeiter in Uruguay täglich bei einer Ausgabe von 1,08 Pesos 0,24 Pesos oder 3,30 M., in Deutschland bei einer Ausgabe von 8,80 Mark 1,20 M. Daß ich unparteiisch geredet habe, wird jeder Kenner der Verhältnisse zugeben. Übrigens verbrauchen wir alle hier nicht einen Peso den Tag und jeder von uns verdient täglich mehr als 2 Pesos, nämlich 2,40 bis 2,60 Pesos.

Deshalb, wie schon gesagt, die Masse so gleichgültig ist, werden alle proletarischen Begehrenheiten gefeiert. So ruht z. B. am ersten und am zweiten Mai die Arbeit. Weiterhin werden mit einem Feiertage belegt der 14. Juli, die Erstürmung der Bastille zu Paris, der 24. Juni, wo der Vertreter Aricaas gefeiert wird, der das Land von dem Jodge Argentiniens befreite und selbständig machte. Die Erhebung der Sklaven gegen Nordamerika wird ebenfalls mit einem Ruhetage geehrt. Jedenfalls sind die Deutschen in einer Sache noch zurück gegen Südamerika: Die Freiheit, wie sie hier besteht, müssen sie sich erst noch erringen.

Zum Schluß noch einen Rat! Einem Verheirateten rate ich ab, nach Südamerika auszuwandern, weil er die Auswanderungskosten kaum mehr wird hereinbringen können. Für Ledige, wenn sie charakterfest sind und nicht gleich den Kopf hängen lassen, wenn es einmal etwas schlecht geht, macht es gar nichts aus, wenn sie sich die Welt ansehen. Ein lediger Bursche hat ja nichts zu verlieren, denn gerade diese sind es, denen es hier ganz gut gefällt. Jedoch einen Rat, nach hier auszuwandern, möchte ich keinem geben.

Philipp Pfab.

Erfreuliche Kunde aus Schweden

Der Jahresbericht unseres schwedischen Bruderverbandes für 1923 stellt fest, daß sich im Herbst vorigen Jahres in der Schwerindustrie ein etwas kräftiger Aufschwung bemerkbar machte und daß sich in der verarbeitenden Industrie ebenfalls der Geschäftsgang besserte, daß auf dem Ganzen aber doch noch eine große Unsicherheit laierte, die sich unter anderem darin zeigte, daß an dem einen Tage reichlich Arbeit vorhanden war, an dem andern wenig. In der Schwerindustrie kam der flöttere Geschäftsgang zum Teil daher, daß während des ersten Halbjahres die große Aussperrung stattgefunden hatte. Die Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern hatte im Februar 1922 mit 40 v. H. ihren Höhepunkt erreicht; zu Anfang des vorigen Jahres betrug sie noch 25,07 v. H., am Ende des Jahres 9,4 v. H., im Jahresdurchschnitt 16,77 v. H. gegen 30,97 v. H. im Jahre 1922 und 20,81 v. H. im Jahre 1921. Die Schwerindustrie hatte 1913 111 Hochöfen in Betrieb, am Anfang des Jahres 1922 nur 22 und 1923 63. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Lancashireerde betrug 1913 211, 1922 37 und 1923 76, die Zahl der in Betrieb befindlichen Konverter in den genannten Jahren 10, 6 und 16 und die der Martinöfen 61, 15 und 38. Rechnet man den Stand der Lebenshaltungskosten für 1914 = 100, so war er im Oktober 1920 = 181, am 1. Januar 1923 = 83 und im weiteren Verlaufe des Jahres = 76. In Schweden ist also eine ganz beträchtliche Senkung der Preise eingetreten. Der Verbandsvorstand stellt auch freudig fest, daß die große Arbeitslosigkeit und Hungerzeit im Jahre 1923 zu Ende ging. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 54 837, am Ende 65 331, die Zahl der örtlichen Abteilungen stieg von 244 auf 245. Es kamen 34 Angriffsbewegungen vor, die nicht zur Arbeitsniederlegung führten (1922 gab es keine einzige solcher Bewegungen). Dagegen kam keine einzige Angriffsbewegung vor, die zum Streik führte. Wesentlich größer war die Zahl der Abwehrbewegungen. 188 verließen ohne Arbeitsniederlegung, davon betrafen 62 die Abwehr von Lohnherabsetzungen, 13 Abwehrbewegungen führten zum Streik. Das Ergebnis war in der Hauptsache zugunsten der Arbeiter; gänzlich verloren ging kein einziger Streik. 4 Abwehrbewegungen führten zur Aussperrung. Der größte dieser Kämpfe war die Aussperrung in der Schwereisenindustrie (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1923, Nr. 16 und 35). Im ganzen waren an diesen Kämpfen 62 984 Personen beteiligt, davon 46 506 Verbandsmitglieder. Dabei gingen 1 674 957 Arbeitstage verloren und die Kosten betrugen 2 978 813,35 Kronen.

Die Einnahmen des Verbandes betrugen 4 790 155,72, die Ausgaben 4 458 528,31 Kronen, davon an Arbeitslohnunterstützung 617 063,20, für Kämpfe und Maßregelungen 2 993 118,89 Kronen. Zu Beginn des Jahres war die Lage des Verbandes sehr schwierig. Die Unternehmer hielten die Zeit für günstig genug, um zum Angriff übergehen zu können. Besonders hartnäckig waren die Unternehmer in der Schwerindustrie. Nachdem die große Aussperrung in dieser jedoch mit einem guten Erfolge für die Arbeiter geendet hatte, der Aufständigen geschied und ein neuer Vertrag abgeschlossen war, hatten die Kollegen in der verarbeitenden Industrie einen bedeutend kräftigeren Stand bei ihrem Kampfe gegen die Forderungen der Unternehmer nach Lohnherabsetzungen.

Der Beamtenschaft der Moskauer Internationale. Im Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale sind, wie der letzte Geschäftsbericht mitteilt, zurzeit 100 verantwortliche und technische Angestellte tätig. Trotzdem wird behauptet, daß die RÖZ nicht genügend freie Büro-mitglieder und verantwortliche Mitarbeiter hat, die die äußerst wichtige Aufgabe erledigen können, die angeschlossenen Organisationen zu berühren, um eine enge persönliche Verbindung herzustellen und Streitfragen an Ort und Stelle zu lösen.

landzentralen werden überflüssig, dem Kampf um die Kohlenkäufe und Wasserkräfte wird der Boden entzogen.

Flettern zeigt sich mit diesen Zukunftsaussichten als ein wahrer Techniker. In seinem Hirn sind Phantasie und die Fähigkeit zur tiefen Berechnung vereinigt. Seine Ansichten ehren ihn und sicherlich würde er Recht behalten, wenn nicht er und wir alle in einem kapitalistischen Zeitalter lebten.

Zeppelin R 3 und der Techniker

In der Deutschen Techniker-Zeitung lesen wir: Die erfolgreiche Überquerung des Atlantischen Ozeans durch den Zeppelin ist als ein Triumph der deutschen Technik und der deutschen Technik gefeiert worden. Mit Recht ist der Zeppelin R. 3 als ein Zeichen für das technische Können des deutschen Volkes gemeldet worden.

Zimmer wieder wird in der Öffentlichkeit ein Loblied auf den Techniker gesungen, was aber die für die Technik begeisterten nicht-technischen Wirtschaftler, Kaufleute, Politiker, Staatsmänner nicht hindert, den Techniker nach wie vor zwar als einen schätzbaren Mitarbeiter zu betrachten, ihn aber, soweit es sich um die wirkliche einflussreiche Gestaltung der Wirtschaftsorganisation und, soweit es sich um die entscheidende Führung in der Wirtschaft handelt, beiseite zu schieben und als Nebenbrotel zu behandeln. Die führenden Stellen sind nach wie vor zum größten Teil von Verwaltungsbeamten, Juristen oder reinen Kaufleuten in Staat und Wirtschaft besetzt. Gerade in Anbetracht der wirtschaftlichen Katastrophen der letzten Jahre, die ein Beweis für einen Mangel an Fähigkeiten der „Wirtschaftsführer“ in Staat und Wirtschaft sind, hat man annehmen können, daß die Öffentlichkeit sich endlich auf die Seite der Techniker stellt, um diesen als neuen Kräften den Weg zum Wirtschaftsführer freizumachen.

Alle Bemühungen von den berufenen Vertretungen der Techniker sind bisher vergeblich gewesen. Über einen rein platonischen Lobgesang auf die besonderen Leistungen einzelner Techniker, so z. B. jetzt wieder auf den Chefkonstrukteur des Z. R. 3, Dr. ing. A. R. n. e. i. n., ist man nicht hinausgekommen. Aber auch diesen drängt man in die zweite Reihe. Sein Glanz tritt zurück vor dem Sturm, mit dem

Steinarbeiter-Internationale

Am 12. und 13. Oktober tagte in Lugano der ordentliche internationale Steinarbeiterkongress 1924. Bezirke waren 18 Länder, drei hatten sich einschüßig. Über die Verschmelzung mit der Bauarbeiterinternationale berichtete deren Sekretär Käppeler. Die Vertreter der in ihren Ländern bereits vereinigten Steinarbeiterorganisationen mit einer Mitgliederzahl von etwa 9000 sprachen sich alle für die Verschmelzung aus, während die reiner Steinarbeiterorganisationen mit einer Mitgliederzahl von 95 000 dagegen Bedenken äußerten und vorläufig die Beibehaltung und den weiteren Ausbau der bestehenden Berufsinternationale befürworteten. Es wurde mit einer Stimmenmehrheit von 33 gegen 17 beschlossen, daß der Kongress im Grundjahre mit einer Verschmelzung der Bauarbeiterinternationale einverstanden sei, den Zeitpunkt jedoch als verfrüht betrachte. Die beiden Sekretäre wurden beauftragt, bis auf weiteres zusammenzuarbeiten. Auch soll dahin gewirkt werden, daß sich die Steinarbeiter in allen Ländern in nur einer Organisation zusammenfinden, um dadurch die internationalen Verbindungen mit dieser Berufsabteilung fördern zu können. Die Beiträge an das Sekretariat wurden verdoppelt, der Jahresbeitrag somit auf 10 v. H. des Wochenbeitrages je Mitglied festgesetzt. Tagungsort des nächsten Kongresses ist Prag.

Rückkehr zum Amsterdamer Gewerkschaftsbund in Frankreich

Den anarcho-syndikalistischen Bauarbeitern des Seine-Departements, die kürzlich aus dem kommunistischen Landesverband (C.G.T.U.) ausgetreten sind, folgen nun die kommunistischen Post-, Telegraphen- und Telefonangehörigen von Elsass-Lothringen sowie die Gewerkschaft der Friseurgehilfen von Marseille, die einstimmig (Freiur-gehilfen gegen 8 Stimmen) beschlossen haben, sich wieder dem alten (Amsterdamer) Gewerkschaftsbund (C.G.T.) anzuschließen.

Der bereits angeklagte Kongress des Nationalrates der Bauarbeiterverbände der C.G.T.U. hat am 2. November eine Sitzung abgehalten und gegen wenige Stimmen eine Entscheidung angenommen, in der die Einberufung eines gemeinsamen Kongresses der beiden Landesverbände der Bauarbeiter (Amsterdamer und Moskauer Richtung) gefordert wird. Dieser Kongress soll sich ausschließlich mit der Wiederherstellung der Einheit der Bauarbeiter befassen. Falls sich eine Verschmelzung als unmöglich herausstellen sollte, wird der Nationalrat den Verbänden empfehlen, aus den beiden Landeszentralen auszutreten und einen autonomen Verband zu bilden. Mit dem letzten Satz wird auf die schon lange geplante Gründung einer anarcho-syndikalistischen Landeszentrale angepielt.

Der Mitgliederstand der britischen Gewerkschaften

Einer vergleichenden Ausstellung über die Mitgliederzahlen der britischen Gewerkschaften in den Jahren 1913, 1922 und 1923 entnommen wir folgende Einzelheiten: Die entsprechenden Zahlen stellen sich für die Landarbeiter auf 20 000, 91 000 und 79 000; Bergleute 921 000, 843 000 und 915 000; Metallarbeiter, Maschinenbau und Schiffbau 545 000, 836 000 und 703 000; Textilarbeiter 263 000, 280 000 und 269 000; Bekleidungsarbeiter 82 000, 95 000 und 93 000; Holzarbeiter und Tischler 60 000, 87 000 und 85 000; Bauarbeiter 236 000, 387 000 und 356 000; Transportarbeiter, Eisenbahner 327 000, 436 000 und 471 000; sonstige Transportarbeiter 367 000, 442 000 und 441 000; Handels- und Büroangestellte 110 000, 157 000 und 179 000; öffentliche Dienste 213 000, 294 000 und 290 000. Die Gesamtzahlen der freigestellten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den drei Jahren sind folgende: 3 703 000, 4 742 000 und 4 600 000.

Die Zahl der Gewerkschaften, denen diese Mitglieder im Jahre 1923 angehörten, stellt sich auf 1135. Es gibt zum Beispiel nicht weniger als 251 Gewerkschaften mit Arbeitern öffentlicher Betriebe, 187 für Arbeiter in der Baumwollindustrie und 114 für Berg- und Steinarbeiter.

Ihr deutsche Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da mühte man plädieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muß man vorher erst noch beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Solange ihr nur ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß euch etwas fehlt. Das kommt aber von eurer verdammen Bedürfnislosigkeit! Sie, werdet ihr sagen, ist die Bedürfnislosigkeit denn nicht eine Tugend? Ja, vor dem christlichen Moralprediger, da ist die Bedürfnislosigkeit allerdings eine Tugend, die Bedürfnislosigkeit ist die Tugend des indischen Säulenheiligen und des christlichen Mönches; aber vor dem Geschichtsforscher und vor dem Nationalökonom, da gilt eine andere Tugend. Fragen Sie alle Nationalökonom: Welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur. Darum ist der neapolitanische Lazzaroni so weit zurück in der Kultur, weil er keine Bedürfnisse hat, weil er zurückbleiben sich ausstößt und in der Sonne sich wärmt, wenn er eine Handvoll Walfarose ermorben. Warum ist der russische Kosak so weit zurück in der Kultur? Weil er Tagelöhner frist und froh ist, wenn er sich in schlechtem Fusel betrinkt. Möglicherweise viel Bedürfnisse haben, aber sie auf eynliche und anständige Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit!

Weshalb ein Jammer, wenn man die kindliche Meinung dieser Leute für Gewehre und Trommeln beobachten muß. Begreifen sie denn nicht, daß der Krieg selbst dem Sieger nur Elend und Not einbringt und daß er nur ein grauenvolles blühendes Verbrechen ist, seitdem die Völker miteinander durch die Gemeinschaft der Kunst, der Wissenschaft und der Wissenschaft verbunden sind? Bahnmittige Europäer sind es, die daran denken, sich gegenseitig die Kehle durchzuschneiden, während eine einzige Kultur sie umjährt und vereint. Anatole France.

man den Kapitän des Luftschiffes, der edener überschüttet. Wenn die ganze Welt Dr. Edener als einen großen Helden feiert, wenn sogar Amerika ihn mit Columbus vergleicht, so wollen wir gerne in das Lob auf den Wagemut Dr. Edeners und seiner Mannschaft mit einbringen, können aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in erster Linie der Erfolg des Zeppelins auf die technische Leistung aller dieser zuzuschreiben ist, nach deren Gedanken und durch deren Köpfe das Wunder unserer Zeit, das Luftschiff, geschaffen worden ist. Um ein Beispiel herauszugreifen, brauchen wir nur darauf hinzuweisen, wie der Kapitän des Luftschiffes in seinen Fahrtrichtern immer wieder auf die gute Leistung der Motoren hinwirkte. Wer hat wohl bei dieser Gelegenheit an den Konstrukteur der Motoren gedacht? Er ist in irgendeinem Konstruktionsbüro als selbständiger Konstrukteur. Vielleicht denkt er darüber nach, weshalb nicht ein Schimmer von dem über den Kapitän und den Chefkonstrukteur überreichlich strahlenden Glanz auch auf ihn fällt. Vielleicht kommt es ihm — wir wollen es hoffen — zum Bewußtsein, daß die Rolle, die er bisher gespielt hat, in keinem Verhältnis zu der Leistung, die er vollbracht hat, steht. Vielleicht erinnert er sich auch des Lobes und des materiellen Lohnes, der in Gestalt von guten Gewinnen auf die Inhaber seiner Maschinenbauanstalt für die hervorragende Leistung im Maschinenbau fällt, und vergleicht damit das im Verhältnis dazu lärgliche Entgelt, das man ihm für sein technisches Können und seine schöpferische Begabung gewährt. Es werden die wenigsten außerhalb des technischen Berufes Stehenden wissen, daß ein Konstrukteur im besten Mannesalter, also auf der Höhe seines Könnens, das heißt derjenige, auf dessen erfindender Gabe letzten Endes jeder technische Fortschritt beruht, heute noch das fürstliche Gehalt von 160, 200 bis 250 M. bezieht.

Diesen bemerkenswerten Ausprägungen möchten wir beifügen, daß noch mehr als der Techniker der Arbeiter als Nebenbrotel betrachtet werden. Wer hat, als Dr. Edeners Lob gesungen wurde, an den Dreher, Schlosser, Monteure gedacht, ohne deren Berufsarbeit, Sorgfalt und Hingabe aus Werk es schwierig einen Triumphzug geben hätte? Wie so vieles andere, so muß auch die gezielte Anerkennung der Verdienste des gewöhnlichen Arbeiters um den technischen Fortschritt noch errungen werden.

